

Kurz berichtet

Bürger in Ellwangen diskutieren über Zukunft der Erstaufnahmestelle für Asylbewerber

ELLWANGEN (gr) - Um die Zukunft der örtlichen Landeserstaufnahmestelle (LEA) für Flüchtlinge geht es bei einer Diskussion am heutigen Freitagabend in Ellwangen. Vertreter des Innenministeriums und des Regierungspräsidiums Stuttgart sowie Ostalb-Landrat Klaus Pavel sprechen mit Bürgern der Stadt über die Zeit nach 2020 - dann läuft der aktuelle Vertrag über den Be-

trieb der LEA aus. Geschlossen haben ihn Land, Landkreis und Stadt. Der Gemeinderat will noch vor der Sommerpause darüber abstimmen, ob dieser Vertrag verlängert werden soll oder nicht.

Oberbürgermeister Karl Hilsenbek (CDU) erhofft sich von der Einwohnerversammlung ein Stimmungsbild. Deshalb soll der Meinungsaustausch im Mittelpunkt stehen. Beteiligt sind auch Vertreter des Polizeipräsidiums Aalen. Sie beantworten Fragen zur Kriminalität.

In der Diskussion könnte es auch um die Pläne der Bundesregierung gehen, sogenannte Ankerzentren zu schaffen, in denen Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive bis zu ihrer Abschiebung bleiben sollen. Die Einrichtung solcher Zentren war im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD auf Bundesebene vereinbart worden. Für Oberbürgermeister Hilsenbek stellt sich die Frage, ob die Ellwanger LEA womöglich ein solches Zentrum werden soll.



In Ellwangen wird darüber diskutiert, ob es auch nach 2020 in der Stadt eine Landeserstaufnahmestelle geben soll. FOTO: GR

Unitymedia-Kunden stundenlang ohne Internet

RAVENSBURG (vin) - In Teilen Baden-Württembergs ist es am Donnerstag zu Störungen des Internets gekommen. Betroffen waren Kunden von Unitymedia im ganzen Verbreitungsgebiet der „Schwäbischen Zeitung“. Unternehmenssprecher Helge Buchheister bestätigte auf Anfrage, dass es Probleme gegeben habe. In den Morgenstunden sei es zu einer Störung im Raum Ulm gekommen, wobei auch bei Kunden in Aalen und Laupheim das Internet zeitweise ausgefallen sei. Eine größere Störung bestand zudem im Raum Freiburg. Wie viele Haushalte von der Störung betroffen waren, konnte das Unternehmen nicht sagen.

Richter weisen Klagen gegen Rheintalbahn ab

AUGGEN/LEIPZIG (Isw) - Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat drei Klagen gegen den Ausbau der Rheintalbahn in Südbaden abgewiesen. Wie die obersten Verwaltungsrichter am Donnerstag mitteilten, handelte es sich um Klagen der Gemeinde Auggen und der Stadt Mühlheim (Breisgau-Hochschwarzwald) sowie eines Anwohners gegen den Planfeststellungsbeschluss des Eisenbahn-Bundesamtes für das Vorhaben. Die bislang zweigleisige Strecke Karlsruhe-Basel soll insbesondere für den Güterverkehr viergleisig ausgebaut werden.

A 8 am Wochenende zeitweise gesperrt

TÜBINGEN (Isw) - Wegen Arbeiten an der Tunnellüftung in Gruibingen (Kreis Göppingen) wird am Wochenende die A 8 in Fahrtrichtung Ulm ab der Tank- und Rastanlage Gruibingen bis zur Anschlussstelle Mühlhausen zeitweise gesperrt. Die Sperrung bestehe von Freitag ab 22 Uhr bis Samstag 6 Uhr sowie von 20 Uhr bis Sonntag um 5 Uhr, teilte das Regierungspräsidium Tübingen am Donnerstag mit. Eine Umleitung sei ausgeschildert. Die Arbeiten an der Tunnellüftung können nur unter Sperrung der Röhre durchgeführt werden.

18 offene Haftbefehle gegen Rechtsextreme

STUTTGART (Isw) - In Baden-Württemberg sind derzeit 18 Haftbefehle gegen Rechtsextreme noch nicht vollstreckt worden. Dies geht aus einer Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion hervor, die der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Ende September vergangenen Jahres wurden insgesamt 45 offene Haftbefehle in der Statistik des Bundeskriminalamts erfasst, 26 davon wurden bis Ende des vergangenen Monats vollstreckt. In einem Fall wurde ein Täter nachträglich der ausländisch politisch motivierten Kriminalität zugeordnet. Die Bandbreite der vorgeworfenen Delikte reicht von Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz über Unfallflucht, gefährliche Körperverletzung bis hin zu Volksverhetzung.

Lahr erwartet eine Million Besucher zur Gartenschau

LAHR (Isw) - Blütenpracht in der Ortenau: Rund eine Million Besucher werden in den nächsten knapp 190 Tagen zur Landesgartenschau im badischen Lahr erwartet, die am Donnerstag eröffnet wurde. Nach drei Jahren Bauzeit ist im Westen der Stadt ein 38 Hektar großer Naherholungsraum auf ehemals überwiegend intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen realisiert worden. „Gartenschauen sind ein Gewinn für jede Stadt“, sagte Agrarminister Peter Hauk (CDU) laut einer vorab veröffentlichten Mitteilung. Bis 2025 seien die im jährlichen Wechsel stattfindenden großen Landesgartenschauen und kleineren Gartenschauen vergeben, für 2026 bis 2030 lägen 14 Bewerbungen vor.



Nicht alle Blumen auf dem Gelände der Landesgartenschau in Lahr sind echt. FOTO: DPA



Schäfer sehen sich in ihrer Existenz bedroht

Mit Schaf Erika vor den Landtag: Vertreter des Bundesverbandes der Berufsschäfer haben am Donnerstag in Stuttgart eine Petition mit 120 000 Unterschriften an Agrarstaatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch (CDU) übergeben. „Wir sind gekommen, um für die Schäfer in Deutschland um Hilfe zu bitten“, sagte Sven de

Vries vom Verband. Die Schäfer sehen ihre Existenz bedroht, wenn ihre Betriebe nicht stärker gefördert werden. Den Schäfern schwebt eine Prämie pro Weidetier von 38 Euro pro Tier und Jahr als Ergänzung zur flächenbezogenen Prämie vor. Bislang erhalten sie 300 Euro pro Hektar beweideter Fläche im Jahr.

Gurr-Hirsch versprach, die Forderung zu prüfen, meldete aber zugleich Bedenken an. Die Fehleranfälligkeit sei bei einer tierbezogenen Prämie sehr groß ebenso wie der Dokumentationsaufwand für Schäfer und Behörden. Auf Zustimmung stoßen die Schäfer bei der Grünen-Fraktion. (Isw) FOTO: DPA

Gemeinschaftsschule darf kooperieren

Vorgaben für Schulverbände sollen fallen - Kultusministerin argumentiert pragmatisch

Von Kara Ballarin

STUTTGART - Die Gemeinschaftsschulen im Südwesten sollen künftig problemlos Schulverbände mit anderen Schulen eingehen dürfen - wie alle anderen Schularten auch. Genau das wollten Grüne und SPD in der letzten Legislaturperiode verhindern. Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) sieht in der angestrebten Änderung des Schulgesetzes indes eine neue Möglichkeit für die Kommunen, flexibel auf die Bedürfnisse vor Ort einzugehen. Kritiker wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sehen darin einen weiteren Schuss gegen die Gemeinschaftsschule. Sie bietet ja bereits Lernen auf Realschulniveau. Ein Verbund etwa mit einer Realschule sei daher nicht sinnvoll.

Zehn der 302 Gemeinschaftsschulen im Land sind derzeit in einem Schulverbund - etwa in Munderkingen im Alb-Donau-Kreis. Bei solchen Verbänden können gemeinsame Räume genutzt werden und Lehrer über die Schulgrenzen hinweg tätig sein. Dass es so wenige sind, liegt an den bisherigen gesetzlichen Vorgaben. Generell darf eine Gemeinschaftsschule keinen Schulverbund eingehen - und wenn, dann nur unter rigiden Voraussetzungen. Die jeweiligen Schulen mussten etwa eine Mindestzahl an Klassen haben. Oder der Verbund bekam ein Verfallsdatum von fünf Jahren - mit dem Ziel, dass die andere Schulart in der Ge-

meinschaftsschule aufgeht. Der Hintergrund: Als Grüne und SPD die „Schule für alle“ zum Schuljahr 2012/2013 eingerichtet haben, wollten sie diese perspektivisch als einzige Schulart etablieren - später dann mit dem Bekenntnis zum Gymnasium als zweite Säule der Schullandschaft. Dieser Traum scheint inzwischen geplatzt. Die Grünen regieren nun mit der CDU. Seither setzt sich die CDU-Kultusministerin gezielt wieder für die Stärkung der anderen Schularten ein.

Dass die Schulverbände generell möglich werden sollen, kann als Symptom dafür gedeutet werden, dass die Gemeinschaftsschule nicht länger privilegiert wird. So zum-

dest argumentiert die CDU, die ein entschiedener Gegner der Schule war. Der Allgäuer CDU-Abgeordnete Raimund Haser sagte dazu im Landtag: „Der Automatismus der Schulverbände, dass Realschulen langfristig zu Gemeinschaftsschulen werden müssen, ist jetzt abgeschafft. Das ist wichtig.“ Die SPD wettet indes schon lange gegen die grün-schwarze Politik. Sie sieht den Druck auf die Gemeinschaftsschule immer weiter wachsen. „Es kann heute nicht von einer Stärkung der Gemeinschaftsschule gesprochen werden“, sagte Stefan Fulst-Blei im Landtag.

Der Verein für Gemeinschaftsschule wirft der Ministerin vor, die Schulart zu ignorieren, oder sogar schlechtzureden. Damit macht er Eisenmann mit dafür verantwortlich, dass die Anmeldezahlen zurückgingen. Eisenmann argumentiert indes mit Gleichbehandlung aller Schularten. Jüngst hatte sie etwa gesagt, dass sie von zehn Gemeinschaftsschulen wisse, die mit ihrem weiteren Bestehen haderten. Für diese werde sie Lösungen finden. Konkret wurde das Beispiel von Neckarsulm bekannt.

„Ideal für den ländlichen Raum“ Für die Grünen-Abgeordnete Andrea Bogner-Uden aus Sigmaringen bleibt die Gemeinschaftsschule indes „die Schule der Zukunft“, an der die steigende Heterogenität der Schülerschaft aufgefangen werde. Realschule und Gymnasium leisteten das nicht. In einem Papier, das der „Schwäbischen Zeitung“ vorliegt, bezeichnet sie die Schule zudem als ideal für den ländlichen Raum, um kleine Schulstandorte halten zu können.

Vielleicht durchlebt die Gemeinschaftsschule auch normale Häutungsprozesse. Beobachter wie der Bildungswissenschaftler Thorsten Bohl aus Tübingen werfen Grün-Rot nämlich vor, im Eifer des Anfangs zu viele Standorte genehmigt zu haben. „Viele Gemeinschaftsschulen sind ja aus Hauptschulen hervorgegangen. Die Gemeinschaftsschule ist noch sehr stark geprägt vom Hauptschulmilieu“, sagte er jüngst der „Schwäbischen Zeitung“. Manche erfüllten den pädagogischen Anspruch nicht.

Hürde für Oberstufe an Gemeinschaftsschule

Der SPD-Abgeordnete Stefan Fulst-Blei wirft der CDU einen „Feldzug“ gegen die Gemeinschaftsschule vor. Das zeige sich etwa daran, dass den Gemeinschaftsschulen weitere Steine in den Weg gelegt würden, wenn diese eine gymnasiale Oberstufe einrichten wollen. Hat eine Gemeinde perspektivisch genügend Schüler für eine Oberstufe an ihrer Gemeinschaftsschule, kann sie diese beantragen. Hat sie diese nicht, muss sie mit Nachbargemeinden Verträge abschließen. Mit diesen verpflichten sich die Nachbargemein-

den dazu, etwa keine eigene Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule zu beantragen. Fulst-Blei bezeichnet diese Verträge als unnötige Hürde und hatte beim Kultusministerium deren Rechtmäßigkeit hinterfragt. Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) wehrte sich in ihrer Antwort, die der „Schwäbischen Zeitung“ vorliegt, gegen den Vorwurf. „Der Kampf der CDU gegen die Gemeinschaftsschule geht unbeirrt weiter“, sagt indes Fulst-Blei. „Die Grünen müssen ihrem kleinen Koalitionspartner endlich Einhalt gebieten.“ (kab)

Kretschmann drängt auf schnelles Aus für Fessenheim

Französische Regierung bezeichnet Stilllegung des Atomkraftwerks im Elsass als „unumkehrbar“

Von Christine Longin

STRASSBURG - Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat bei einem Treffen mit französischen Regierungsvertretern auf eine schnelle Abschaltung des Atomkraftwerks Fessenheim an der Grenze zu Deutschland gedrungen. „Der Umweltstaatssekretär hat mir zugesichert, dass die Abschaltung beschlossene Sache ist und so zügig wie möglich umgesetzt wird“, sagte Kretschmann nach einem Treffen mit dem französischen Regierungsmitglied Sébastien Lecornu in Straßburg.

Baden-Württemberg sei zur Zusammenarbeit an einem gemeinsamen grenzüberschreitenden Industriepark bereit, der nach der Schließung von Fessenheim entstehen könnte, so Kretschmann. Dafür werde die Landesregierung für eine Wiederherstellung der direkten Bahnverbindung Colmar-Freiburg werben, denn: „Die Infrastruktur in der

Grenzregion muss natürlich stimmen.“

Die Nach-Fessenheim-Ära könne nur in deutsch-französischer Zusammenarbeit ein Erfolg werden, sagte Lecornu. Der Staatssekretär, der das Komitee zur Zukunft Fessenheims leitet, versicherte, dass eine Abschaltung des Atomkraftwerks „unumkehrbar“ sei. Ein Datum könnte sich im Mai konkretisieren. Dann soll sich die französische Atomaufsicht ASN zur Inbetriebnahme des Druckwasserreaktors EPR in Flamanville äußern, an die das Ende von Fessenheim gekoppelt ist. Lecornu warnte aber davor, Fessenheim zu sehr mit Flamanville in Verbindung zu bringen. „Nicht alles, was in Fessenheim passiert, ist an Flamanville gebunden.“ Fessenheim, das älteste französische Atomkraftwerk im Oberrheingraben, gilt der baden-württembergischen Regierung als Sicherheitsrisiko. Die vom früheren französischen Präsidenten François Hollande für spä-

testens 2017 angekündigte Schließung lässt allerdings auf sich warten.

Das 2015 verabschiedete französische Energiewendegesetz sieht eine Deckelung der Stromproduktion aus Atomkraft von 63,2 Gigawatt vor. Ein Reaktor kann also nach Interpretation der Regierung nur vom Netz, wenn ein anderer anläuft. In Flamanville verzögert sich dieses Datum allerdings immer weiter. Statt ursprünglich 2012 wird nun 2019 ange-

peilt. Zuletzt hatte der Betreiber EDF Löcher in 150 Schweißnähten in den Röhren des Sekundärkreislaufs ausgemacht. Davor war mangelhafter Stahl im Reaktordeckel entdeckt worden. „Die Baustelle in Flamanville ist ihrem Ende näher als ihrem Anfang“, sagte Lecornu.

Europäische Universität geplant

Neben der Atomkraft war auch die Hochschulzusammenarbeit ein Thema von Kretschmanns Besuch. Er unterzeichnete mit Europaministerin Nathalie Loiseau und dem Präsidenten der Region Grand Est, Jean Rottner, eine Absichtserklärung, den europäischen Campus Eucor mit seinen fünf Standorten am Oberrhein zu einer europäischen Universität auszubauen. Dazu seien zwei konkrete Projekte vorgesehen, sagte Kretschmann: Eines zu Quantenwissenschaften und eines zu Pflanzenwissenschaften. „Wir haben den Ehrgeiz, die erste europäische Universität zu werden.“



In Fessenheim steht Frankreichs ältester Atommeiler in Sichtweite zur deutschen Grenze. FOTO: DPA

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945
Erscheinungsweise: Wöchentlich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Laichingen, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spanghingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.
Redaktion
Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)
Stellf. Chefredakteur: Yannick Dillinger (digital), Andreas Müller, Mitglied der Chefredaktion: Jochen Schlosser,
Politik: Claudia Kling, Wirtschaft: Benjamin Wagner, Journal/Kultur: Barbara Miller, Sport: Filippo Cataldo, Beilagen/Wochenende: Dirk Uhenbruch, alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16
Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf
Redaktion Berlin: Sabine Lennartz
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub
Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.
Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm

Verlag
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg
Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499
Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139
Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil
Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm
Verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Hofer
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Chef vom Dienst und Zeitungsproduktion: Bernd Scheibitz
Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 70 vom 11.2018. Für den Inhalt der Lokaltitel sind die Lokalredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Ausspernung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.
Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555
Telefax: 0751 / 29 555 556
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de